

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y .

Wien, Freitag, den 18. Mai 1923.

Fleischverkaufsvorschriften. Da in der letzten Zeit auf dem Zentralviehmarkte in St. Marx wieder Büffeln aufgetrieben werden, verkaufen nunmehr die Fleischhauer und Fleischverschleier auch sehr häufig Büffel Fleisch. Das Marktamt der Stadt Wien macht nun die Fleischhauer und Fleischverschleier auf die bestehenden amtlichen Verkaufsvorschriften aufmerksam. Es muß nach diesen Vorschriften das Büffel Fleisch unter deutlicher Bezeichnung und Preisanschriftung getrennt gelagert von den übrigen Fleischgattungen zum Verkauf gelangen. Die städtische Marktamtsabteilung am Alsergrund hat anlässlich einer Revision des Verkaufslokales des Fleischhauers Rudolf Knotek, Nechschimmelgasse 6, sowie in dessen Filiale Liechtensteinstrasse 96 festgestellt, dass der Genannte in seinen Geschäften Büffel Fleisch in gemeinsamer Lagerung mit Rindfleisch zum Verkauf brachte. Während bei beiden Geschäften an den Außenseiten nur die Bezeichnungen „Prima Rindfleisch“ und „Hochprima Rindfleisch“ in großen Buchstaben angeschrieben waren, war im Innern der Lokale auf den Preistarifen nur die Bezeichnung „Rindfleisch“ auffällig, dagegen der Zusatz „Büffel Fleisch“ nur in unkenntlicher Art vermerkt. Gegen Knotek wurde die Anzeige erstattet.

Strassenpflasterungen und Mietgasinstallationen. Bekanntlich ist in dem Investitionsprogramm der Gemeinde Wien auch die „Erstellung von 15.000 neuen Mietgasinstallationen“ vorgesehen. Die Einrichtung dieser Gasinstallationen in den Häusern erfordert fast ausnahmslos die Herstellung von Abzweigleitungen von den Strassengasrohren. Es müssen daher die in Betracht kommenden Strassen aufgegraben werden. Da die Gemeinde in mehr als 300 Strassen die Pflasterung erneuern oder ausbessern zu lassen, in vielen Strassen mit der Umpflasterung bereits begonnen wurde und die Arbeiten im raschen Zuge fortgesetzt werden, müßte in solchen neu hergerichteten Strassen bei Gasanschlüssen die erst erneuerte Strassendecke wieder beschädigt werden. Dies ist selbstverständlich ausgeschlossen und es ist daher dringendst geboten, die Direktion der städtischen Gaswerke, VIII., Josefstädterstrasse 10-12 oder ihre Geschäftsstelle in Meidling, Hauptstrasse 4, sofort zu verständigen, wenn Hausparteien die Bestellung einer Mietinstallation wünschen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 18. Mai 1923.

Bgm. Neumann eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung. Er erklärt die Tagesordnungspunkte 5 bis einschließlich 19 ohne Referat angenommen, da keine Wortmeldungen vorliegen. Es wird die Debatte über das zweite Investitionsprogramm der Gemeinde fortgesetzt. Zum Wort gelangt

GR. Doppler (chr. soz.): In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Geschäftsordnung krass verletzt. Über meinen Antrag, daß die Auszählung des Hauses vorgenommen werden soll, wurde überhaupt nicht abgestimmt, sondern vom Vorsitzenden die Gemeinderatssitzung vertagt, obwohl er nach der Geschäftsordnung hätte abstimmen lassen müssen. Wir müssen es außerordentlich bedauern, daß wieder einmal ein solcher Fall vorgekommen ist. Sie haben in dem Augenblick, in dem Sie ein so großes Programm beschlossen sollten, für die Beschlussfassung gar kein Interesse gezeigt. Es genügt nicht, daß man in der Presse Reklame macht, sondern man muß auch dafür sorgen, daß für ein solches Programm im Gemeinderat die Beschlussfähigkeit vorhanden ist. Wir haben aber schon das letztemal festgestellt, daß es sich hier gar nicht um ein großzügiges Programm handelt, sondern zumeist flüssigen Hemmnisse des Verkehrs auf den Fußwegen verschwinden. Auch die

Parkanlage auf dem Gürtel ist in den letzten Jahren ziemlich verfallen. Erst jetzt ist eine kleine Besserung zu verzeichnen. Ich möchte aber doch ersuchen, daß man die Bänke, die früher dort gestanden sind, wieder aufstellt, damit die Leute sich in der frischen Luft ergehen können. Notwendig wäre auch die Ausbesserung der vielen Löcher, die sich im Boden dieser Parkanlage befinden. Wir haben auch den dringenden Wunsch, daß die Staubplage, die im Bezirk besonders arg ist, endlich verschwindet. (Beifall).

GR. Müller (chr. soz.) zieht Vergleiche zwischen den Leistungen unter der christlichsozialen Herrschaft und der gegenwärtigen und erklärt, daß die großen Schöpfungen, die seinerzeit die christlichsoziale Verwaltung zustande brachte, die von den Sozialdemokraten in den letzten vier Jahren durchgeführten Bauten und sonstigen Arbeiten geradezu geringfügig erscheinen lassen. Redner bringt dann einige Wünsche seines Bezirkes vor, insbesondere die Forderung der Bezirksvertretung Meidling wegen Ausbaues und Pflasterung der Schwendtgasse bis zur Ratschkygasse.

VB. Hoss verweist gleichfalls auf die Schöpfungen unter dem Bürgermeister Lueger, der Wien in 17 Jahren aus einem großen Dorf zur Weltstadt gemacht hat. Diese Tatsache zu bestreiten, gehört eine geradezu unglaubliche Demagogie dazu und es ist bedauerlich, daß ein hervorragendes Mitglied der Mehrheit, StR. Breitner, zu behaupten wagte, die Christlichsozialen hätten in den 20 Jahren ihrer Herrschaft nichts geleistet. Redner zählt alle die Anlagen auf, die unter Lueger zustande gekommen sind, die Gas- und Elektrizitätswerke, die Umwandlung der Pferdebahn in die elektrische Strassenbahn, den Wald- und Wiesengürtel, die Gartenanlagen, hundert neue Schulen, das Kinderhospiz in San Pelagio und viele andere, die ein unvergessliches Denkmal des schöpferischen Geistes der damaligen Zeit bilden. Auch auf dem Gebiete der Kommunalisierung habe Lueger bahnbrechend und geradezu muster-giltig für das Ausland gewirkt. Die christlichsoziale Partei habe also während ihrer Herrschaft in weitgehendstem Masse ihre Pflicht erfüllt und wenn sie nur eines schlecht gemacht habe, war es, daß sie es nicht verstand, so um Dinge, die jetzt nachgeholt werden. Auch der Referent hat darauf verwiesen, daß viel vernachlässigt worden ist. Diese Kritik ist ein schlagender Beweis dafür, daß wir während der letzten vier Jahre keinen unrichtigen Behauptungen aufgestellt haben, sondern alle unsere Bemängelungen berechtigt waren. Was Sie heute machen, sind meist Arbeiten, die gemacht werden müssen, weil alles verlüdert ist. Das gibt jetzt der Referent selbst zu. Die ganze Vorlage atmet Wahlluft. Daher kann man nicht glauben, daß es ihnen damit ernst ist. Ich möchte nun einige Beschwerden, die meinen Wahlbezirk betreffen, anführen. Der 17. Bezirk ist in diesem Programm sehr elend bedacht worden. Für diesen Bezirk sind kaum 2 Prozent für Strassen ausbesserungen im Vergleich zum Gesamtbetrag vorgesehen, während andere Bezirke einen 9 %igen Anteil haben. Das ist gerade jener Bezirk, wo man nicht weiß, welche Strasse zuerst ausbessert werden müßte. Ich habe schon wiederholt den Referenten ersucht, er möge einen Bauaufseher in die Jörgerstrasse schicken, wo im Gehsteig seit vielen Wochen große Löcher sich befinden. Es ist nicht möglich, daß dem abgeholfen wird. Wir haben in Hernals einige Kaffeehäuser, denen die Gemeinde das Trottoir vermietet hat. Das hat auf der Hernalser Hauptstrasse beim Gürtel zur Folge, daß man eine ziemlich weite Strecke auf der Strasse gehen muß. Das ist eine ständige Gefahr für die Passanten. Es leiden aber darunter auch die neben den Kaffeehäusern befindlichen Geschäfte, die vom Verkehr nicht mehr berührt werden. Auch in der Falffygassee ist ein solcher Kaffeehausgarten auf dem Trottoir untergebracht. Es wäre höchste Zeit, daß diese Überviel Reklame zu machen, wie jetzt die Sozialdemokraten, die jede Kleinigkeit als große Tat in die Welt hinausposaunen. Redner verweist schließlich auf die Verhandlungen mit der Regierung wegen der Donauregulierungsangelegenheit und ersucht den Bürgermeister seinen Einfluß aufzubieten, daß diese Angelegenheit im Interesse der Gemeinde befriedigend erledigt werde.

GR. Schmid (christlichsoz.) Im vierten Bezirke befindet sich nur ein privates Bad und wäre notwendig, daß wir dort auch eine öffentliche Badeanstalt bekommen. Ich erlaube mir auch auf den wirklich jämmerlichen Zustand der Realschule in der Waltergasse hinzuweisen, die der Bund übernommen hat, für die aber die Gemeinde die Gebäudeerhaltung besorgen muß. Das Aeußere dieser Schule wäre zu reparieren, <sup>es</sup> das sind auch die Fenster-rahmen derart schlecht, daß eine Erneuerung dringend geboten wäre. Genau so schlecht ist es auch mit dem Amtshaus im Bezirke bestellt. Dort ist die Fassade stark beschädigt. Ich kann wohl sagen, daß die Summen, die in diesem Programm für den vierten Bezirk aufgewendet werden ganz respektable sind. Immerhin will ich darauf aufmerksam machen, daß es mir ganz unökonomisch vorkommt, wenn man einzelne Phrasen, die früher Holzstöckelpflaster hatten, jetzt mit Makadam ausbessert. Es trifft dies auf einen Teil der Gusshaus und Starhembergasse zu. Es müssen diese ausgebesserten Stellen fortwährend repariert werden, da diese Strassen stark befahren sind, weshalb es gleich besser wäre, sie ordentlich in Stand zu setzen. Schliesslich möchte ich noch bitten, daß im Draschepark eine öffentliche Uhr aufgestellt und auch die Bedürfnisanstalten in den öffentlichen Anlagen des Bezirkes vermehrt werden.

GRin. Gärtner (chr. soz.) wünscht, daß in der Erholungsstätte am Laserberg, wo die Luft sehr gut ist, und die Kinder sich vorzüglich erholen, auch Bäume gepflanzt werden. Es wurde dies bereits im Jahre 1916 geplant und ließe sich jetzt vielleicht doch durchführen. Schliesslich wäre in dieser Erholungsstätte auch die Wasseranlage auszugestalten und mehr Badegelegenheiten zu schaffen. Es gehe auch nicht an, daß die Knaben- und Mädchen zusammenbaden. Hier wäre eine Trennung möglich und es würde sich auch empfehlen bei der Alterszusammensetzung etwas empfindlicher vorzugehen.

GR. Roth (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, daß der Margaretengürtel nicht genügend gepflastert sei. Es müsse das alte Uebel, das durch die großen Löcher, die sich in den Strassen befinden, und die bei Regenwetter vollständig mit Wasser gefüllt werden, so daß die Passanten von den Automobilen mit Kot bespritzt werden. Der Margaretengürtel nicht genügend gepflastert sei. Eine bessere Strassenpflasterung sei dringend notwendig, da das Makadamisieren vollständig unnütz ist. Das schlechte Material führe dazu, daß fortwährend die Strassendecke repariert werden müsse. Es sei daher vorteilhafter, die Strassen gleich zu pflastern. Dringend notwendig sei auch eine gründliche Reparatur des Waisenhauses in der Gassergasse. Von diesem Gebäude fehlt fast der ganze Verputz. Auch in den öffentlichen Gartenanlagen kommen große Beschädigungen vor, weil viel zu wenig Wächter angestellt sind. Redner verlangt schliesslich, daß der freie Raum bei der Feuerwehr in Mariahilf, auf dem ein Holz- und Kohlenlagerplatz sich breit gemacht hat, besseren Zwecken zugeführt werden soll. Es handle sich hier um einen sehr schönen Platz und haben sogar die sozialdemokratischen Bezirksräte des VI. Bezirkes gegen die Errichtung dieses Lagerplatzes gestimmt. Trotzdem ist der Lagerplatz dort hingekommen. Es müsse seine Partei auch dagegen Beschwerde führen, daß gewisse Strassenausbesserungen bereits vollendet sind, bevor darüber noch im Gemeinderat ein Beschluß gefasst wird. Das ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen und bedeute einen Bruch der Geschäftsordnung.

GR. Karasek (chr. soz.) verweist auf den Zustand der Strassen des 19. Bezirkes begürsst es, daß endlich daran gegangen werde, die Hauptschäden auszubessern und stellt schliesslich zwei Anträge betreffend die Errichtung eines anständigen Pissoirs beim Weiligenstädter Friedhof, so wie die Wiedereinführung der maschinellen Strassenreinigung für ganz Wien.

GR. Schmölzner (chr. soz.) bringt namens der Simmeringer Einwohner den dringenden Wunsch vor an die Eisenbahnbrücke der Staatseisenbahngesellschaft über den Donsukanal einen anhängesteg herzustellen, weil die Ueberfuhr in die Freudenau den starken Verkehr nicht bewältigen könne und die Leute oft stundenlang warten müssen, um in diese für die Simmeringer <sup>naheliegenden</sup> einzigenausflugsort gelangen zu können.

Referent GR. Siegel erklärt in seinem Schlußwort, die Christlich-sozialen hätten es während der ganzen Debatte als ihre einzige Aufgabe betrachtet, das große Aufbauwerk, das hier in einer außerordentlich schwierigen Zeit in Angriff genommen wird, möglichst herabzusetzen und zu verkleinern. Dieses Bestreben mag dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die Opposition, wie einer ihrer Redner wörtlich sagte, keinen Anlaß hat, sonderlich über dieses Programm sich zu freuen. Das sind Worte, welche ausnahmsweise Glauben verdienen, weil die so sehr angefeindeten Sozialdemokraten als die einzigen Verwalter eines großen Gemeinwesens zeigen, daß trotz der miserablen Verhältnisse sehr bedeutende Leistungen dem Wohle der Bevölkerung gemacht werden können. Das ist den Christlichsozialen unangenehm und deshalb stellen Sie alles als Schwindel und Wahlmanöver dar, ja GR. Rummelhardt spreche sogar von einem schlechten Gewissen der Mehrheit eine Behauptung, die vernünftigen Menschen einfach unverständlich erscheint. Wenn immer wieder die Fürsorgeabgabe als Zwecksteuer bezeichnet werde, so müsse der Referent abermals feststellen, daß bei der Schaffung dieser Steuer die Bezeichnung Fürsorgeabgabe von der christlichsozialen Regierung obstruiert wurde, weil man es seitens der Regierung als störend empfunden hat den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Namen einer Lohnabgabe zuzulassen. Aus dieser Zufälligkeit konstatiere die Opposition immer wieder den Charakter der Zwecksteuer heraus, der gar nicht bestehe. Die Behauptung, daß beim städtischen Fuhrwerksbetrieb Entlassungen aus rein politischen Gesichtspunkten erfolge, sei grundfalsch, Entlassungen finden überhaupt nicht statt und wenn sie geschehen, so nur deshalb, weil die Betroffenen ein arges Dienstvergehen begangen haben. Die Ausführungen Dopplers haben sich ausschliesslich mit Trottoiren und Schanigärten befasst. Ueber die große Vorlage selbst habe er nichts gesprochen. Es müsse anerkannt werden, daß VB. Hoss den richtigen Ton getroffen, der selbst seinen politischen Gegner Anerkennung abringen muß.

Sie haben während Ihrer Verwaltung, jedes noch so kleine Denkmal mit großen Reden enthüllt. Ueber alle, selbst die unscheinbarsten Dinge haben Sie Broschüren veröffentlicht und Pläne und Bilder dazu gegeben. VB.Hoss hat ganz richtig gesagt, daß Lueger sehr viel geschaffen hat. Aber auch er ist erst später dazu gekommen. Wenn wir aus der schlimmen Zeit von 1918 bis heute halbwegs mit einem blauen Auge durchgekommen sind, so haben wir allein schon dadurch etwas sehr grosses geschaffen. Es wäre sberlich keiner anderen Partei dieses Kunststück gelungen. Wir haben manchmal sehr rücksichtslos die Sanierung dieser Stadt zu erreichen versucht und dabei sehr oft unsere Popularität aufs Spiel gesetzt. Es ist auch nicht richtig, daß wir nur dort fortgesetzt hätten, wo Sie aufgehört haben. Ich verweise nur darauf, daß wir auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge gar nichts vorgefunden haben. Sie haben es prinzipiell immer abgelehnt da etwas zu tun, obwohl wir in Wien immer eine große Wohnungsnot hatten. Sagen Sie uns doch endlich, was Sie zur Bekämpfung der Tuberkulose getan haben. Sie werden uns gar nichts anführen können, während wir in kürzester Zeit 2000 Betten für Tuberkulöse belegen werden. Wir haben von ihnen ein Trümmerfeld übernommen und Sie können von uns nicht verlangen, daß wir die systematische Zertrümmerung von vier Jahren in kürzester Zeit wieder reparieren. (Beifall).

Bei der Abstimmung werden die Anträge des GR.Karasek wegen der maschinellen Vorrichtungen für die Strassenpflege und des GR.Doppler betreffend die Ueberprüfung der Pachtverträge mit den Kaffeehausbesitzern, bezüglich der Benützung der Gehsteige der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Der Antrag Weisinger betreffend die Beleuchtung der Josef Friedlgasse bis zum Sportplatz Hohe Warte wird angenommen und die Referentenvorlage unverändert beschlossen.

GR.Hlasek (Soz.-Dem.) beantragt für das Technische Museum eine Subvention von 10 Millionen Kronen.

GR.Panosch (chr.-soz.) erklärt, daß dieser Betrag nur einen Tropfen auf einen heissen Stein bedeute. Das Museum habe um eine Subvention von 93 Millionen angesucht, was den Kosten für Beheizung und Beleuchtung entspricht.

Der Referent erklärt in seinem Schlußwort, daß die Gemeinde seinerzeit dem Museum den Grund überlassen habe und daß auch der Bund etwas tun müsse. Hierauf wird der Referentenantrag angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird eine dringliche Anfrage der GRin.Motzko an den Bürgermeister verlesen. Der Bürgermeister wird gefragt, ob er die schreienden Mißstände, welche sich nach der Neuordnung des Betriebes in der Fürsorgeerziehungsanstalt Eggenburg ergeben haben untersuchen und unverzüglich abstellen lassen wolle. Seit der Uebernahme dieser Anstalt durch die Gemeinde Wien zeige es sich, daß Zöglinge in großer Zahl entweichen und in der Umgebung Unfug treiben, wodurch die Bevölkerung in große Aufregung versetzt werde. Kürzlich habe ein entwichener Zögling an einem 9jährigen Schulmädchen der Tochter eines dort ansässigen Büchsenmachers ein Sittlichkeitsverbrechen verübt.

GR.Jorde (Soz.-Dem.): Wer, der Atechet?

Diese Zwischenrufe erregen auf den Bänken der Christlichsozialen laute Entrüstung. GRin.Motzko: Das ist eine Gemeinheit, ein Skandal, so etwas zu sagen.

GR.Jorde (Soz.-Dem.): Das wäre nur einer, der nicht seltenen Fälle.

GR.Angeli (chr.-soz.): So eine Lausbüberei. Das will ein Jugendbildner sein!

Die Mehrheit erwidert auf diesen Zwischenruf mit lauten Protest. Einige Gemeinderäte eilen zum Sitze Angeli's und machen ihm Vorstellungen. Angeli ruft: So was zu sagen, Ihr Bagage, verfluchte.

GR.Schleifer (Soz.-Dem.): Was unterstehen Sie sich?

GR.Angeli: Wir können uns dohh solche Gemeinheiten nicht bieten lassen. Das will ein Jugendbildner sein, er ist ein ganz gewöhnlicher ordnärer Kerl.

GRin.Motzko (chr.-soz.): Wir werden das diesem Katecheten sagen, was Sie ihm zugemutet haben. Eine bodenlose Frechheit ist das von Ihnen, eine solche Behauptung vorzubringen.

Im Saale herrscht großer Lärm, die Gemeinderäte schreien durcheinander und von der Opposition wird vom Bürgermeister Reumann, der sich vergeblich Gehör zu schaffen versucht, der Ordnungsruf für den Gemeinderat Jerde verlangt.

GR.Breitner: Lassen Sie doch den Bürgermeister sprechen.

Nachdem einigermaßen Ruhe eingetreten ist, erklärt der Bürgermeister: Ich habe jetzt anzuerkennen, daß die Verlesung der Anfrage erfolgt, was ich dann mache, werden Sie hören. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Schriftführer Hedorfer fährt dann in der Verlesung der Anfrage fort, in der es heisst, daß nur das unbrauchbare Erziehungssystem und ein völlig unzureichende aufsichtsdienst in der Eggenburger Anstalt die Hauptursache dieser skandalösen Zustände seien. Es sei mit dem Prestige der Stadt Wien unvereinbar Vorkommnissen dieser Art länger untätig zuzusehen.

Bgm.Reumann: Während der Verlesung dieser Anfrage ist ein Zwischenruf gefallen, den ich als ungehörig bezeichnen und infolgedessen zurückweisen muß. (Beifall bei den Christlichsozialen). (Rufe bei den Sozialdemokraten: Von der rechten Seite ist der Ausdruck verfluchte Bagage gefallen, das sollen wir uns bieten lassen?)

Bgm.Reumann: Wenn weitere ungehörige Zwischenrufe gemacht worden sind, muß ich sie rügen, sie sind mir aber nicht zu Gehör gekommen.

GRin.Motzko begründet dann ihre Anfrage. Es komme häufig vor, daß Zöglinge die Anstalt verlassen, in der Umgebung umherstreifen und allerlei böse Streiche verüben. Auch die Zustände in der von der Gemeinde errichteten Station für gefallene Mädchen, in welche hauptsächlich Entlassene aus dem Geschlechtskrankenspital Klosterneuburg kommen, sind unhaltbar. Die Stadtgemeinde Eggenburg hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe von der Gemeinde Wien die Abstellung dieser Uebel erbeten, es ist aber nichts geschehen. Rednerin ersucht, die Angelegenheit hierzu zu besprechen.

Der Antrag auf Besprechung der Anfrage wird einstimmig angenommen.

GRin.Motzko erklärt, es sei nachgewiesen worden, daß jetzt während eines Monats aus der Eggenburger Anstalt so viele Zöglinge durchbrennen, wie früher in fünf Jahren nicht durchgebrannt sind. In einer Woche entlaufen der Anstalt oft bis zu 30 Zöglinge. Die Pflinglinge der Station für gefallene Mädchen benehmen sich auch vielfach geradezu skandalös und der Grund liege augenscheinlich darin, daß jetzt diese Anstalt wahllos alle Mädchen aus Klosterneuburg übernommen werden, ohne einen Unterschied zu machen zwischen Besserungsfähigen und solchen, die überhaupt nicht mehr gebessert werden können. Der tiefste Grund dieser Mißstände ist darin zu suchen, daß die Gemeinde Wien eine Neuordnung in einem unzulässigen Ausmaße vorgenommen hat. Davon wurde der Opposition nicht die geringste Mitteilung gemacht. Sie habe z.B. erfahren, daß die geistlichen Schwestern nicht mehr fort seien. (Rufe bei der Mehrheit: Also das ist der wahre Grund Ihrer Kritik!) Alle geistlichen Erzieher wurden abgebaut und durch weltliche ersetzt. Die Schwestern haben in früherer Zeit die ganze Fürsorge versehen, man hat sie und die qualifizierten Kräfte abge-

baut und dafür Kräfte in doppelter Zahl einstellen müssen, weil sie minderwertiger sind, dafür aber die vierfachen Personalausgaben verursachen. Wir sind der Meinung, daß gerade in der Fürsorgeerziehung das sittlich-religiöse Moment nicht entbehrt werden kann. Heute haben Sie einen Beweis dafür, welche klägliche Fiasko Ihre Erziehungsmethode erleidet. Ich weise auch die unerhörte Schmähung dieses Astecheten zurück und fordere mit aller Energie, daß diesem Manne Genugtuung gegeben werde. Wir hoffen, daß unverzüglich die Mängel, die sich in Eggenburg ergeben haben, abgestellt werden. (Beifall)

Ich glaube an der Hand amtlicher Dokumente zeigen zu können, daß die Angaben der Frau Dr. Motzko unwahr sind. Ich bemerke, daß wir gar nichts dagegen machen können, wenn einmal Kinder durchgehen. Die Kinder sind ja in einer offenen Anstalt und ich stelle fest, daß die Durchgebrannten sehr bald wieder zurückkommen, weil sie sehen, daß es ihnen bei uns noch am besten geht. Wir haben kein Gefängnis für diese Kinder, die man mit dem Revolver zurückhält. Es war früher der Fall, daß die in Wien aufgerissenen Kinder von der Polizei gefesselt auf dem Bahnhof gebracht wurden. Das ist die humane Art der Kinderfürsorge, wie sie von Ihnen betrieben wurde. Erst wir haben das abgestellt. Erst wir haben die Kinder entfesselt und auch den Stock abgeschafft. Es gibt freilich in Eggenburg noch einige Herren aus der Vergangenheit, die es nicht gerne sehen, daß die Kinder dort etwas Freiheit haben. Richtig ist, daß am 2. Mai ein Bub ein neunjähriges Mädchen geschändet hat. Das ist tief bedauerlich, aber das ist doch keine Schande für Wien. Unter den 400 Kindern, die wir dort haben kann so etwas vorkommen und es darf das nicht Gegenstand eines Angriffes auf die Gemeindeverwaltung sein. Gewiß, wenn wir alle Menschen in den Kerker setzen, kann niemand geschändet, niemand gemordet und es kann auch nicht gestohlen werden. Wir perhorreszieren die Erziehung mit dem Stock und Revolver.

StR. Professor Tandler: Jede Familie, die ein schwer erziehbares Kind hatte, fürchtete sich es nach Eggenburg abzugeben. Es haben dort die Aufseher ihren Dienst mit dem Revolver und dem Stock versehen. Das sind die Erziehungskünste, die wir dort vorgefunden haben. Eine ganze Reihe von Aufsehern dieser Anstalt haben sich nur als Aufseher und Büttel gefühlt. Wir haben wohl dort Nonnen vorgefunden, die wirkliches Verständnis für ihren Beruf hatten und besonders die Oberin hat tiefe Studien auf dem Gebiete der Kindererziehung gemacht. Nun sind diese Nonnen freiwillig fortgegangen. Ich möchte aber an Frau Dr. Motzko die Anfrage richten, in welcher Woche 30 Kinder durchgegangen sind. Mir ist dies unbekannt. Ich habe nur die amtlichen Quellen zur Verfügung, habe alle Berichte durchgesehen und finde darüber nichts. Es sind also die Argumente der Frau Gemeinderätin doch etwas zu wohlfeil. Daher glaube ich, daß gar kein Grund zur Beunruhigung vorhanden ist. Wenn die Bevölkerung von Eggenburg beunruhigt ist, dann haben Sie das auf dem Gewissen. Zum Schluß möchte ich der Grin. nur raten, einmal selbst nach Eggenburg zu kommen und sich die Veränderungen anzusehen, die sich bei der Übernahme dieser Anstalt durch die Gemeinde ergeben haben. (Beifall)

GR. Angermayer (chr. soz.): Mit dem System des Stockes in der Erziehung haben bereits die christlich-soziale Verwaltung gebrochen. Es ist also eine Errungenschaft unserer Partei, daß <sup>wir</sup> die Korrekptionsanstalten abgeschafft haben. Wir haben die Anstalt in Oberhollabrunn eingerichtet, die ihren früheren VB. Winter nicht gefallen hat und der diese Anstalt dann auflöste. Oberhollabrunn wäre in 10 Jahren eine Musteranstalt geworden, wie sie auf der ganzen Welt nicht besteht. Sie sind von Oberhollabrunn

weggegangen und haben das ganze System der Kindererziehung zerrissen. Alle Erzieher die nach Eggenburg gekommen sind, haben gesagt, das sei ja wieder die alte Kasernenerziehung und die Korrekptionsanstalt. Wenn Sie über die Verwendung der Nonnen sprechen, dann will ich Ihnen sagen, daß in Steiermark Ihr Genosse Pongratz sehr wohl den Wert der geistlichen Schwestern zu würdigen versteht, Sie haben den ganzen Apparat mutwillig zerstört und alle Kinder in Eggenburg konzentriert. Wir legen Wert darauf, ohne Unterschied der Partei, daß die Ursachen dieser Mißstände so rasch als möglich behoben werden.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß StR. Tandler, der in so vortrefflicher Weise eine Reihe von Reformen durchgeführt, heute im vorliegenden Fall nicht die genaue Untersuchung der Angelegenheit zugesagt habe, sondern die Sache mit der Redensart abgetan habe, es liege nichts daran, wenn ein Bub durchbrennt. Auch über den traurigen Fall der Vergewaltigung eines Schulmädchens wusste er nichts anderes zu sagen, als daß er sich wundere, wenn sich die Eggenburger Bevölkerung darüber so aufhält. Die Aufregung der Eggenburger ist durchaus gerechtfertigt, denn man muß sich in die Lage der Eltern versetzen, die befürchten, es könnten sich derartige Fälle wiederholen. Wenn StR. Tandler weiter sagte, die Nonnen seien freiwillig ausgetreten, so ist das formell wohl richtig, aber in der Tat ist ihnen das Leben dort derart verkehrt worden, daß sie fortgegangen sind. Es sei zu hoffen, daß diese Haltung des StR. Tandler nur eine Entgleisung war.

Die Bevölkerung verlangt, daß eine aus Steuergeldern erhaltene Anstalt so geführt werde, daß sie ihrer Aufgabe entspricht.

StR. Professor Tandler berichtet tatsächlich, von seiner Seite aus sei gewiß nichts veranlasst worden, in dem Sinne, in welchem StR. Rummelhardt über die Entfernung der geistlichen Schwestern sich ausgesprochen hat. Er würde nicht anstehen zu erklären, daß die Schwestern entfernt wurden, wenn es wahr wäre. Weiter berichtete er tatsächlich, daß er nie erklärte, daß die Art der Erziehung in Oberhollabrunn eine Erfindung der jetzigen Mehrheit sei. Wir sagten stets, daß wir für eine freie Erziehung sind. Ob diese Erziehung nun jene Formen annimmt, wie in Oberhollabrunn oder andere, ist für mich vollkommen irrelevant. Weiter muß ich konstatieren, daß von meiner Seite keine Spur von parteipolitischen Bestrebungen im Fürsorgeangelegenheiten jemals hineingetragen worden sind. Im Nachtrage möchte ich einem Passus aus dem Bericht der Anstaltsleitung von Eggenburg vorlesen, in dem es heisst, daß alle Anstaltszöglinge über die Schwere des Verbrechens, was der Zögling Gruber an dem neunjährigen Mädchen begangen, heftig empört waren und erklärt habe, daß für Gruber ein weiteres Verbleiben in der Anstalt unmöglich sei. Sie verdammen also selbst diese Handlung.

Hierauf wird ein Dringlichkeitsantrag des GR. Doppler verlesen, der nach ausführlicher Begründung besagt; die Magistratsdirektion, bezw. der Bürgermeister werden beauftragt, sogleich Schritte einzuleiten, damit den der Pensionskasseangehörigen Pensionsparteien der städtischen Straßenbahnen gegen zeitgerechte Verrechnung umgehend entsprechende Vorauszahlungen auf die ihnen zustehenden Bezugserhöhungen flüssig gemacht werden.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

StR. Speiser ruft: Was Sie als dringlich verlangen, ist schon längst durchgeführt, solche demagogische Anträge müssen wir ablehnen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.